



An die Reformkommission
Kaufmännische Grundbildung EFZ

Politische Bildung und Staatskunde im Bildungsplan für angehende Kaufleute

Sehr geehrte Damen und Herren

Die LKB (Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen des Kantons Zürich) verfolgt mit grossem Interesse die gegenwärtige Reform der kaufmännischen Grundbildung, insbesondere die Festlegung der schulischen Bildungsziele.

Die Grundbildung muss optimal auf Arbeitstätigkeiten im kaufmännischen Berufsfeld vorbereiten. Diese Vorgabe unterstützen wir voll und ganz.

Allerdings darf daneben die grundlegende Allgemeinbildung – wie im BBG verlangt – nicht zu kurz kommen. Die berufliche Grundbildung hat laut Gesetz nicht nur die berufliche sondern auch die persönliche Entfaltung und die Integration in die Gesellschaft zum Ziel. Die Lernenden sollen zu selbständig denkenden, zu eigenem Urteil befähigten jungen Menschen ausgebildet werden.

Schlüsselrollen kommen dabei der **politischen Bildung** und der **Staatskunde** zu.

Nun müssen wir jedoch feststellen, dass im **Bildungsplan** für die schulische Ausbildung der Kaufleute im **Lernbereich «Wirtschaft und Gesellschaft»** und insbesondere bei der **Staatskunde** abgebaut werden soll. Im Vergleich zu gegenwärtigen und früheren Bildungsplänen verliert die **politische Bildung** dadurch weiter an Gewicht.

Um diesen Verlust abzuwenden, fordert die LKB:

1. Das Ziel der kaufmännischen Grundbildung ist u. a., selbständig denkende, zu einem eigenen Urteil befähigte junge Menschen auszubilden. Damit die jungen Berufsleute etwa den Rechtsstaat, die Gewaltenteilung oder den Verfassungsgedanken verstehen und werten können, braucht es eine genügend breite Basis staatsbürgerlichen Grundwissens.
2. Um den jungen Berufsleuten ein orientierungsloses Dahindriften in der Welt des Politischen und die unreflektierte Abhängigkeit von Meinungen und Parteiparolen zu ersparen, muss an einer **fundierte staatsbürgerlichen Grundausbildung** festgehalten werden.

Die kurzsichtige Meinung, dass Jugendliche über die Medien automatisch mit Politik konfrontiert würden und daher das Schulfach Staatskunde immer mehr an Bedeutung verliere, ist falsch. Dies belegen folgende Studien:

- Fritz Oser, Roland Reichenbach, Politische Bildung in der Schweiz, Bern 2000.
- Fritz Oser, Horst Biedermann (Hg.), Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern, Zürich, Chur 2003.



Die LKB fordert mit Nachdruck, dass der Bildungsplan nachgebessert wird mit einem zusammenhängenden Block im Umfang von **40 Lektionen** zum Thema **Staatskunde und Politik**.

Wir hoffen, dass Sie für unser Anliegen Verständnis zeigen und es umsetzen.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Kohler'.

Dr. Doris Kohler

Präsidentin der LKB